

Freitag, 01. Dezember 2023, Rhein-Zeitung Andernach & Mayen, Seite 19

# Anwohnerparken in Andernach wird teurer

Von Martina Koch



Parkplätze in der Andernacher Innenstadt sind rar. Wer einen blauen Anwohnerparkausweis hat, darf sein Fahrzeug auf ausgewiesenen Flächen abstellen, ohne dafür jedes Mal einen einzelnen Parkschein ziehen zu müssen. Ab dem kommenden Jahr wird der Parkausweis für Anwohner teurer. Foto: Martina Koch

## Ausschuss stimmt für Gebührenerhöhung ab dem Jahr 2024

Andernach. Höchstens 30,70 Euro pro Jahr durfte ein Anwohnerparkausweis bisher kosten. Doch seit März dürfen Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz die Gebühren fürs Anwohnerparken selbst festlegen. Viele Kommunen haben diese bereits erhöht. Jetzt zieht Andernach nach: Der Haupt- und Finanzausschuss (HFA) stimmte in seiner jüngsten Sitzung dafür, dass Anwohner künftig mehr für den Parkausweis zahlen müssen.

Bisher kostete der Anwohnerparkausweis in Andernach 30 Euro im Jahr – zu wenig, erklärte eine Mehrheit im HFA. Schließlich haben zahlreiche Kommunen bereits neue Gebührenordnungen verabschiedet, die teilweise eine drastische Erhöhung des bisherigen Satzes vorsehen, führt die Verwaltung in der Vorlage zur Sitzung aus: In Mayen müssen Anwohner künftig 195 Euro für den Anwohnerparkausweis zahlen, in Koblenz soll ein Mindestsatz von 120 Euro gelten, der je nach Fahrzeuggröße angepasst wird. Ludwigshafen hat eine Erhöhung auf 180 Euro und Kaiserslautern auf 200 Euro pro Jahr beschlossen.

An diesen Anpassungen, die für heftige Kritik sorgten, wolle man sich in Andernach nicht orientieren, erklärte Oberbürgermeister Christian Greiner (FWG) zu Beginn der Sitzung. „Aber wenn Sie gucken, was ein Stellplatz heute kostet, sind wir nicht auf dem Stand der Zeit“, erklärte er. Er stellte den Vorschlag zur Diskussion, die Anwohnerparkgebühren maßvoll zu erhöhen: im ersten Schritt auf 60 Euro im Jahr, im darauffolgenden Jahr auf 90 Euro und im dritten Jahr auf 120 Euro.

Einen Geldsegen habe die Stadt von einer solchen Erhöhung nicht zu erwarten, führte die Verwaltung aus: Rund 170 Parkausweise stellt die Stadt derzeit jährlich aus. Eine Erhöhung um 30 Euro pro Jahr führt zu Mehreinnahmen von 5100 Euro ohne Mehraufwand und zusätzliche Kosten. „Wir werden nicht reich davon, aber das soll auch eine lenkende Wirkung haben“, sagte Bürgermeister Claus Peitz. Es sei jedem bewusst, dass die Gebühren nicht auf dem Niveau bleiben können, auf dem sie derzeit seien.

Die CDU plädierte dafür, die Anwohnerparkgebühren gleich auf einen höheren Satz festzulegen: „Dann müssen wir die Diskussion nicht jedes Jahr aufs Neue führen“, erklärte Jan Scheuren für die Fraktion. Der Überlegung, eventuell einen Rabatt zu gewähren, wenn Anwohner gleich für zwei Jahre einen Parkausweis beantragen, erteilte die Verwaltung eine Absage: Die Möglichkeit, den Parkausweis auf zwei Jahre abzuschließen, habe in der Vergangenheit zu einem höheren Verwaltungsaufwand geführt, da die Kommune verpflichtet sei, Gebühren zurückzuerstatten, wenn Autofahrer während der Laufzeit ihrer Anwohnerparkausweise wegziehen – was bei den zweijährigen Laufzeiten häufiger vorkomme.

Die SPD schlug vor, die Gebühren auf dem jetzigen Stand zu belassen. Der städtische Haushalt lasse sich mit einer Erhöhung nicht retten und die Lenkungswirkung sei begrenzt, erklärte Jens Groh: „Das betrifft in erster Linie die Anwohner in der Altstadt, die gar keine andere Wahl haben, als ihr Fahrzeug auf Parkflächen im öffentlichen Raum abzustellen.“ Man solle das Thema erst wieder aufgreifen, wenn man in den Ausschüssen allgemein über das Parkraumkonzept berät.

Auch die Vertreter der übrigen Fraktionen erwarten von einer Erhöhung der Gebühren fürs Anwohnerparken keine Lenkungswirkung auf den ruhenden Verkehr. Er plädiere für eine moderate Erhöhung auf 60 Euro im Jahr, sagte Hartmut Dressel (FWG): „Alles wird teurer. Man muss auch noch von etwas leben können.“ Auch Christoph Henrichsen (Grüne) schloss sich dem Vorschlag einer maßvollen Erhöhung an. Perspektivisch solle sich die Stadt mit der Schaffung von Stellplätzen für Lastenfahrräder befassen. Martin Esser (FWG) hält eine Gebühr von 60 Euro pro Jahr ebenfalls für angemessen: „Wir sollten uns nicht mit

den großen Städten vergleichen. Wir haben auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern.“

Als Kompromiss könne man die Gebühren wahlweise in einem ersten Schritt auf 60 Euro und dann im Folgejahr auf 90 Euro erhöhen oder ab dem 1. Januar 2024 auf 75 Euro im Jahr festlegen, schlug OB Greiner vor. Die Mehrheit im HFA sprach sich gegen die Stimmen der SPD für eine Erhöhung der jährlichen Gebühren auf 75 Euro aus, die ab 2024 für die kommenden drei Jahre gelten soll.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.